

Information nach Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) für den Bereich Sitzungsdienst

Mit diesen Datenschutzhinweisen informieren wir Sie gemäß der ab dem 25.05.2018 geltenden Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns sowie über die Ihnen zustehenden Rechte.

Diese Hinweise werden, soweit erforderlich, aktualisiert und auf der Homepage der Gemeinde Mutterstadt veröffentlicht.

1. Verantwortlicher (Art. 13 Abs. 1 lit. a DS-GVO)

Gemeindeverwaltung Mutterstadt
vertreten durch Bürgermeister Thorsten Leva
Oggersheimer Straße 10
67112 Mutterstadt
Telefon: 06234 9464 0
E-Mail: info@mutterstadt.de

2. Beauftragter für den Datenschutz (Art. 13 Abs. 1 lit. b DS-GVO)

Gemeindeverwaltung Mutterstadt
Oggersheimer Straße 10
67112 Mutterstadt
Dr. Christina Wolf
Telefon: 06234 9464 43
E-Mail: datenschutz@mutterstadt.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. c DSGVO)

- Durchführung der Arbeit in kommunalen Gremien
- Erstellung von Beschlussvorlagen im Ratsinformationssystem
- führen der Sitzungskalender
- Organisation von Ausschuss- und Ratssitzungen

Rechtsgrundlage

Gemeindeordnung (GemO)
Kommunalwahlgesetz (KWG)
Kommunalwahlordnung (KWO)

4. Kategorien von Empfänger personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

- Mitarbeiter:innen der Gemeindeverwaltung Mutterstadt
- Von der Gemeindeverwaltung Mutterstadt eingesetzte Auftragsverarbeiter (Art.28 DS-GVO)
- Die von Ihnen schriftlich freigegeben Daten können über das öffentliche Bürgerinformationssystem aufgerufen werden

Information nach Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) für den Bereich Sitzungsdienst

5. Übermittlung an Drittland (Art. 13 Abs. 1 lit. f DS-GVO)

Eine Übermittlung der personenbezogenen Daten an ein Drittland/eine internationale Organisation erfolgt durch die Gemeindeverwaltung Mutterstadt nicht.

6. Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

Ihre Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen erforderlich ist. Ihre personenbezogenen Daten werden nach Ablauf der aktuellen Wahlperiode oder nach Ausscheiden während der aktuellen Wahlperiode aus kommunalen Gremien, in welche Sie gewählt wurden, gelöscht. Zum Zwecke von eventuell Ehrungen und Darstellung der Historie von kommunalen Gremien werden Ihr Vorname und Nachname sowie der Zeitraum der Mitgliedschaft nicht gelöscht.

7. Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 lit. c bis d DS-GVO)

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutzgrundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO).
- Recht auf **Berichtigung**, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO).
- Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft. Der Anspruch auf Löschung hängt unter anderem davon ab, ob die betreffenden Daten von der öffentlichen Stelle zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt wird.

Ausnahmen vom Recht auf Löschung bestehen zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.

- Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung**,
 - insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird,
 - für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt,
 - wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können,

Information nach Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) für den Bereich Sitzungsdienst

- oder wenn bei einem Widerspruch nach Art.21 noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Personen überwiegen. Die Einschränkung steht einer Verarbeitung nicht entgegen, soweit an der Verarbeitung ein wichtiges öffentliches Interesse (z.B. gesetzmäßig und gleichmäßige Besteuerung) besteht.
- Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der

Verarbeitung besteht das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DS-GVO) dient.

8. Beschwerderecht (Art. 13 Abs. 1 lit e DS-GVO)

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz
Hintere Bleiche 34
55116 Mainz
Telefon: 06131 8920 0
Telefax: 06131 8920 299
E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de